

## **Bekanntmachung der Neufassung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz**

Vom 20. Juni 2000

Aufgrund des Artikels 2 der [Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz](#) vom 20. Juni 2000 (SächsGVBl. S. 296) wird nachstehend der Wortlaut der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz in der ab 18. Juli 2000 geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die am 29. Juli 1994 in Kraft getretene Verordnung vom 5. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1282),
2. den am 18. Juli 2000 in Kraft tretenden [Artikel 1](#) der eingangs genannten Verordnung.

Die Rechtsvorschriften zu 1. und 2. wurden erlassen aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 und 3 des [Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz \(AGImSchG\)](#) vom 4. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1281) und des § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Übertragung von Zuständigkeiten auf nachgeordnete Behörden im Freistaat Sachsen ([SächsZuÜbG](#)) vom 17. Januar 1994 (SächsGVBl. S. 89).

Dresden, den 20. Juni 2000

**Der Staatsminister  
für Umwelt und Landwirtschaft  
Steffen Flath**

### **Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über Zuständigkeiten zur Ausführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Benzinbleigesetzes und der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen (Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz – ImSchZuV)**

#### **§ 1 Grundsatz**

(1) Für die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten Verwaltungsaufgaben sind die dort bezeichneten Behörden sachlich zuständig.

(2) Soweit nachfolgend keine zuständige Behörde bezeichnet ist, liegt die Zuständigkeit

1. für Entscheidungen, die sich auf genehmigungsbedürftige Anlagen beziehen, bei der Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1 des Verzeichnisses der Anlage zu dieser Verordnung,
2. für Entscheidungen, die sich auf nicht genehmigungsbedürftige Anlagen beziehen, bei der unteren Immissionsschutzbehörde,
3. für Überwachungsaufgaben bei den in Nummer 1.6.2 und 3.1 des Verzeichnisses der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Behörden in dem dort genannten Umfang,
4. im Übrigen bei der höheren Immissionsschutzbehörde.

Ist die Zuständigkeit der höheren Immissionsschutzbehörde nach Satz 1 Nr. 4 für Aufgaben, die sich aus Änderungen immissionsschutzrechtlicher Vorschriften oder aus Neuregelungen ergeben, nicht zweckmäßig, kann das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft die Zuständigkeiten abweichend bestimmen. Diese Bestimmungen werden mit einer Regelung der Zuständigkeiten durch Rechtsverordnung unwirksam; sie gelten längstens für einen Zeitraum von zwei Jahren.

#### **§ 2 Einzelbestimmungen**

(1) Die Aufgaben des Landkreises und der Kreisfreien Stadt werden vom Regierungspräsidium wahrgenommen, wenn der Landkreis oder die Kreisfreie Stadt selbst im Sinne von § 1 des [Vorläufigen Verwaltungsverfahrensgesetzes für den Freistaat Sachsen \(SächsVwVfG\)](#) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 74), das zuletzt durch § 17 des Gesetzes vom 31. März 1999 (SächsGVBl. S. 161, 163) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes beteiligt ist. Landkreis und Kreisfreie Stadt werden nicht allein dadurch selbst beteiligt, dass sie gegen ein Vorhaben Einwendungen erhoben haben.

(2) In Fällen, in denen

1. mehrere genehmigungsbedürftige Anlagen auf demselben Betriebsgelände liegen und in einem betriebstechnischen Zusammenhang stehen oder
2. zu einer Anlage Teile oder Nebeneinrichtungen gehören, die je gesondert genehmigungsbedürftig wären, und es nach § 1 Abs. 4 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 504), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 6. Mai 2002 (BGBl. I S. 1566, 1569) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung lediglich einer Genehmigung bedarf,

obliegen die Aufgaben der Genehmigungsbehörde nach Absatz 3 Nr. 2 Buchst. b und nach dem Verzeichnis der Anlage dieser Verordnung der jeweils höheren Genehmigungsbehörde, wenn Behörden unterschiedlicher Verwaltungsebenen zuständig wären.

(2a) In Fällen, in denen mehrere Anlagen Teil eines Betriebsbereichs gemäß § 3 Abs. 5a des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), das zuletzt durch Artikel 49 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2795) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sind, obliegen Entscheidungen, die nach Absatz 3 Nr. 2 Buchst. b und c und nach dem Verzeichnis der Anlage dieser Verordnung von der Genehmigungsbehörde oder unteren Immissionsschutzbehörde zu treffen wären, der Betriebsbereichsbehörde nach Ziffer II Nr. 1 der Anlage dieser Verordnung.

(3) Anordnungen, die zur Erfüllung einer abschließend bestimmten Pflicht im Rahmen der Überwachung zu treffen sind, erlässt

1. die im jeweiligen Einzelfall mit der Überwachung befasste Behörde, soweit es sich um Auskunfts-, Duldungs- und Mitwirkungspflichten nach § 52 Abs. 2, 3 und 6 BImSchG und nach § 5 Abs. 1 und 3 des Gesetzes zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz – BzBlG) vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234), das zuletzt durch Artikel 47 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2795) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung handelt,
2. im Übrigen
  - a) die Betriebsbereichsbehörde nach Ziffer II Nr. 1 der Anlage dieser Verordnung, soweit es sich um Pflichten für Betriebsbereiche handelt,
  - b) die Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1 des Verzeichnisses der Anlage dieser Verordnung, soweit es sich um Pflichten für genehmigungsbedürftige Anlagen handelt,
  - c) die untere Immissionsschutzbehörde in den vorstehend nicht aufgeführten Fällen.

(4) Bei einer im Rahmen der Überwachung festgestellten Gefahr im Verzug kann das Regierungspräsidium selbst die erforderlichen Maßnahmen treffen, soweit ein rechtzeitiges Tätigwerden der zuständigen Behörde nicht erreichbar erscheint. Die zuständige Behörde ist unverzüglich zu unterrichten.

(5) Die für den Immissionsschutz zuständigen Landesbehörden im Sinne von § 29 Abs. 1 Satz 3 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. März 1999 (BGBl. I S. 550), das zuletzt durch Artikel 53 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1481) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sind

1. das Landesamt für Umwelt und Geologie für die Flughäfen Dresden und Leipzig/Halle,
2. die Regierungspräsidien für alle übrigen Flugplätze.

(6) Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft kann bei einzelnen Betriebsstätten, die anteilig unter Bergaufsicht stehen, bestimmen, dass die Genehmigungs- oder Überwachungsaufgaben ganz oder teilweise dem Sächsischen Oberbergamt für die gesamte Betriebsstätte obliegen.<sup>1</sup>

### **§ 3 Übergangsregelung**

Soweit sich durch das In-Kraft-Treten dieser Verordnung Zuständigkeitsänderungen ergeben, werden Genehmigungsverfahren, wenn die Antragsunterlagen vollständig vorliegen, und sonstige Verwaltungsverfahren von der Behörde zu Ende geführt, von der sie begonnen wurden.

**Anlage  
(zu § 1 und § 2 Abs. 2, 2a und 3)<sup>2</sup>**

#### **I. Gliederung des nachfolgenden Verzeichnisses**

1. Bundes-Immissionsschutzgesetz
2. Verordnungen aufgrund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
  - 2.1 Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen
  - 2.2 Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen
  - 2.3 Verordnung über Schwefelgehalt von leichtem Heizöl und Dieselmotorkraftstoff
  - 2.4 Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte
  - 2.5 Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub
  - 2.6 Rasenmäherlärm-Verordnung
  - 2.7 Verordnung über das Genehmigungsverfahren
  - 2.8 Emissionserklärungsverordnung
  - 2.9 Störfall-Verordnung
  - 2.10 Verordnung über Großfeuerungsanlagen
  - 2.11 Baumaschinenlärm-Verordnung
  - 2.12 Verordnung über Verbrennungsanlagen für Abfälle und ähnliche brennbare Stoffe
  - 2.13 Sportanlagenlärmschutzverordnung
  - 2.15 Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen
  - 2.16 Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen
  - 2.17 Verordnung über Immissionswerte
  - 2.18 Verordnung über elektromagnetische Felder
  - 2.19 Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung
  - 2.20 Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen
  - 2.21 Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen
- 2.3 Benzinbleigesetz

**II. Erläuterungen zum nachfolgenden Verzeichnis**

1. Im Verzeichnis werden folgende Abkürzungen verwendet:  
 SMUL Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft  
 LfUG Landesamt für Umwelt und Geologie  
 RP Regierungspräsidium  
 LK Landkreis  
 KS Kreisfreie Stadt  
 OBA Sächsisches Oberbergamt  
 LfUG BBeH Betriebsbereichsbehörde; diese ist
  1. das Regierungspräsidium oder das Sächsische Oberbergamt, wenn mindestens eine Anlage der Spalte 1 des Anhangs der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen Teil eines Betriebsbereichs ist,
  2. der Landkreis oder die Kreisfreie Stadt oder das Bergamt im Übrigen
2. Soweit in der letzten Spalte des Verzeichnisses neben anderen Behörden nach dem Wort „oder“ das Sächsische Oberbergamt genannt ist, handelt es sich nach § 2 Abs. 1 AGImSchG um die ausschließliche Zuständigkeit dieser Behörde in Angelegenheiten, die der Bergaufsicht unterliegen. Satz 1 gilt auch, soweit in Nummer 2.9 des Verzeichnisses die Angabe „BBeh“ verwendet wird.
3. Soweit im Verzeichnis Gesetze oder Verordnungen zitiert werden, beziehen sich diese Verweisungen auf die jeweils geltende Fassung.

**III. Verzeichnis**

Lfd. Nr.	Anzuwendende Rechtsnorm	Verwaltungsaufgabe	Zuständige Behörde
1.	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-		

	Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Artikel 49 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2795)		
1.1	Zweiter Teil, Erster Abschnitt	Maßnahmen in Bezug auf genehmigungsbedürftige Anlagen	
1.1.1	§ 4	Erteilung von Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb von Anlagen hinsichtlich	
		1. der in Spalte 1 des Anhangs der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen genannten Anlagen	RP oder OBA
		2. der in Spalte 2 des Anhangs der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen genannten Anlagen	LK oder KS oder OBA
1.1.2	§ 8	Erteilung einer Teilgenehmigung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.3	§ 8a Abs. 2	Verlangen einer Sicherheitsleistung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.4	§ 9 Abs. 1	Erteilung eines Vorbescheids	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.5	§ 9 Abs. 2	Verlängerung der Frist zur Beantragung einer Genehmigung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.6	§ 10 Abs. 1, 3, 6a und 9, § 16 Abs. 2 bis 4	Aufgaben der zuständigen Behörde im Genehmigungsverfahren und im Verfahren zur Erteilung eines Vorbescheids	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.7	§ 12 Abs. 2b	Entgegennahme einer Mitteilung zur erstmaligen Herstellung oder Verwendung eines anderen Stoffes	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.8	§ 15 Abs. 1 und 2	Entgegennahme einer Anzeige zur Änderung einer Anlage, Aufgaben der zuständigen Behörde im Anzeigeverfahren, Mitteilung zum Ergebnis der Prüfung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.9	§ 15 Abs. 3	Entgegennahme einer Anzeige zur Einstellung des Betriebs einer Anlage	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.10	§ 16 Abs. 1	Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Anlage	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.11	§ 16 Abs. 4	Erteilung einer Genehmigung für anzeigebedürftige Änderungen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.12	§ 17 Abs. 1, 4a und 5	Treffen nachträglicher Anordnungen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.13	§ 20 Abs. 1	Untersagung des Betriebs einer Anlage	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.14	§ 20 Abs. 1a	Untersagung der Inbetriebnahme	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.1.15	§ 20 Abs. 2	oder Weiterführung einer Anlage Anordnung der Stilllegung oder	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1

		Beseitigung einer Anlage	nach Nummer 1.1.1
1.1.16	§ 20 Abs. 3	Untersagung des Betriebs einer Anlage, Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb durch eine andere Person	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.2	Zweiter Teil, Zweiter Abschnitt	Maßnahmen in Bezug auf nicht genehmigungsbedürftige Anlagen	
1.2.1	§ 24	Anordnungen zur Durchführung des § 22 BImSchG und der auf dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen	LK oder KS oder OBA
1.2.2	§ 25 Abs. 1	Untersagung des Betriebs einer Anlage	LK oder KS oder OBA
1.2.3	§ 25 Abs. 1 a	Untersagung der Inbetriebnahme oder Weiterführung einer Anlage	LK oder KS oder OBA
1.2.4	§ 25 Abs. 2	Untersagung der Errichtung oder des Betriebs einer Anlage	LK oder KS oder OBA
1.3	Zweiter Teil, Dritter Abschnitt	Ermittlung von Emissionen und Immissionen, sicherheitstechnische Prüfungen	
1.3.1	§ 26	Anordnung der Ermittlung von Emissionen und Immissionen aus besonderem Anlass	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	RP oder OBA
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		3. bei Anlagen zur Feuerbestattung	RP
		4. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	LK oder KS oder OBA
1.3.1a	§ 26 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
1.3.2	§ 27 Abs. 1 und 3	Entgegennahme der Emissionserklärung und Fristsetzung	RP oder OBA
1.3.3	§ 28	Anordnung der Ermittlung von Emissionen und Immissionen und Zulassung der Ermittlung durch den Immissionsschutzbeauftragten	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
1.3.4	§ 29 Abs. 1	Anordnung kontinuierlicher Messungen	
		1. im Zusammenhang mit einem	Genehmigungsbehörde

		Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
1.3.5	§ 29 Abs. 2	Anordnung kontinuierlicher Messungen	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. bei Anlagen zur Feuerbestattung	RP
		3. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
1.3.6	§ 29a Abs. 1 und 3	Anordnung sicherheitstechnischer Prüfungen und Entgegennahme der Ergebnisse	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
1.3.6a	§ 29a Abs. 1 Satz 1	Bekanntgabe eines Sachverständigen	SMUL
1.3.7	§ 31	Verlangen der Mitteilung von Ermittlungsergebnissen und Vorschreiben der Art der Übermittlung	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	RP oder OBA
		3. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		4. bei Anlagen zur Feuerbestattung	RP
		5. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	LK oder KS oder OBA
1.3.8	§ 31a Abs. 4	Anhörung zu sicherheitstechnischen Regeln	SMUL
1.4	Vierter Teil	Beschaffenheit und Betrieb von Fahrzeugen, Bau und Änderung	
1.4.1	§ 40 Abs. 2	von Straßen und Schienenwegen Außerung zur Erforderlichkeit von Verkehrsbeschränkungen	LfUG Anmerkung: Die Landkreise und Kreisfreien Städte sind

			zur Zuarbeit verpflichtet, insbesondere zur Erfassung von Bebauungs- und Verkehrsdaten.
1.4.2	§ 42 Abs. 3	Festsetzung der Entschädigung	RP
1.5	Fünfter Teil	Überwachung der Luftverunreinigung, Emissionskataster, Luftreinhaltepläne, Lärminderungspläne	
1.5.1	§ 44 Abs. 1	Feststellungen über Luftverunreinigungen, Untersuchung der für Entstehung und Ausbreitung bedeutsamen Umstände	LfUG
1.5.1a	§ 44 Abs. 4	Auswertung von Feststellungen und Emissionskatastern	LfUG
1.5.2	§ 46 Abs. 1 Satz 1 und 4	Aufstellung, Überprüfung und Ergänzung des Emissionskatasters	LfUG
1.5.3	§ 46 Abs. 1 Satz 3	Entgegennahme der für die Aufstellung des Emissionskatasters erforderlichen Angaben	RP
1.5.4	§ 47 Abs. 1	Aufstellung eines Luftreinhalteplans	LfUG
1.5.5	§ 47a Abs. 1	Feststellungen über die Belastungen durch Geräuschquellen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt	Gemeinde im Benehmen mit RP
1.5.6	§ 47a Abs. 2	Aufstellung von Lärminderungsplänen	Gemeinde im Einvernehmen mit RP
1.6	Sechster Teil		
1.6.1	§ 51b	Entgegennahme von Mitteilungen über die Bestellung des Bevollmächtigten zur Zustellung von Schriftstücken	RP oder OBA
1.6.2	§ 52 Abs. 1, 2, 3 und 6	Überwachung	
		1. von genehmigungsbedürftigen Anlagen	RP oder OBA Anmerkung: Nachträgliche Anordnungen nach § 17 BImSchG treffen die für die Ausführung dieser Vorschrift zuständigen Behörden.
		2. von nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		3. von Anlagen zur Feuerbestattung	RP

		4. von nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	LK oder KS oder OBA
		5. im Übrigen	RP oder OBA
1.6.3	§ 52a	Entgegennahme von Mitteilungen zur Betriebsorganisation	RP oder OBA
1.6.4		Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bestellung Immissionsschutz- und Störfallbeauftragter	
1.6.4.1	§ 53 Abs. 2	Anordnung zur Bestellung von Immissionsschutzbeauftragten	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
1.6.4.2	§ 55 Abs. 1	Entgegennahme von Anzeigen mit Angaben zum Immissionsschutzbeauftragten	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	RP oder OBA
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden	RP oder OBA
		3. bei Anlagen zur Feuerbestattung	RP
		4. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	LK oder KS oder OBA
1.6.4.3	§ 55 Abs. 2	Anordnung der Bestellung eines anderen Immissionsschutzbeauftragten	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
1.6.4.4	§ 58a Abs. 2	Anordnung der Bestellung von Störfallbeauftragten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.6.4.5	§ 58c Abs. 1 in Verbindung mit § 55 Abs. 1	Entgegennahme von Anzeigen mit Angaben zum Störfallbeauftragten	RP oder OBA
1.6.4.6	§ 58c Abs. 1 in Verbindung mit § 55 Abs. 2	Anordnung der Bestellung eines anderen Störfallbeauftragten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.7	Siebenter Teil		
1.7.1	§ 67 Abs. 2	Entgegennahme von Anzeigen und Unterlagen über bestehende	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.7.2	§ 67 Abs. 7	Entgegennahme von Anzeigen und Unterlagen über genehmigungsbedürftige Anlagen Entgegennahme von Anzeigen und Unterlagen über Abfallentsorgungsanlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
1.7.3	§ 67a Abs. 1	Entgegennahme von Anzeigen über bestehende	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1

		genehmigungsbedürftige Anlagen	
2.	Verordnungen aufgrund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes		
2.1	Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 490), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 1976)		
2.1.1	§ 12	Verlangen der Herstellung einer Messöffnung	
		1. im Zusammenhang mit einer Anordnung im Einzelfall	LK oder KS oder OBA
		2. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen, im Übrigen	RP oder OBA
		3. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.2	§ 13 Abs. 2	Anerkennung einer Prüfstelle	LfUG
2.1.3	§ 14 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 15 Abs. 4	Entgegennahme von Durchschriften der Bescheinigungen des Bezirksschornsteinfegermeisters	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.4	§ 14 Abs. 5, auch in Verbindung mit § 15 Abs. 4	Verlangen der Vorlage von Unterlagen	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in <del>Gaststätten betriebenen Anlagen</del>	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.4a	§ 16	Entgegennahme von Übersichten über die Ergebnisse von ..	SMUL

		Messungen	
2.1.4b	§ 17 Abs. 3	Entgegennahme von Übersichten über die Ergebnisse von Messungen	SMUL
2.1.4c	§ 17a Abs. 2 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.1.4d	§ 17a Abs. 2 Satz 3	Entgegennahme einer Bescheinigung und von Berichten zu Messeinrichtungen	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.4e	§ 17a Abs. 3	Entgegennahme eines Messberichts	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.4f	§ 17a Abs. 5	Entgegennahme eines Messberichts	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.4g	§ 18a	Entgegennahme einer Anlagenanzeige	
		1. bei Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden mit Ausnahme der auf Volksbelustigungen, Messen und Märkten sowie in Gaststätten betriebenen Anlagen	RP oder OBA
		2. im Übrigen	LK oder KS oder OBA
2.1.5	§ 20	Zulassung von Ausnahmen	LK oder KS oder OBA

2.2	Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen – 2. BImSchV) vom 10. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2694), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 21. August 2001 (BGBl. I S. 2180, 2209)		
2.2.1	§ 11	Verlangen der Vorlage von Aufzeichnungen	RP oder OBA
2.2.2	§ 12 Abs. 1	Entgegennahme von Anlagenanzeigen	RP oder OBA
2.2.3	§ 12 Abs. 6	Entgegennahme der Durchschrift eines Berichts	RP oder OBA
2.2.3a	§ 12 Abs. 7 Satz 2	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.2.4	§ 12 Abs. 7 Satz 3	Verlangen der Vorlage von Unterlagen	RP oder OBA
2.2.4a	§ 12 Abs. 9	Entgegennahme einer Mitteilung zur Nichteinhaltung von Anforderungen	RP oder OBA
2.2.4b	§ 15a Abs. 1	Verlangen der Zuleitung von Informationen	RP oder OBA
2.2.4c	§ 15a Abs. 2	Übermittlung eines Berichts über die Durchführung der Verordnung	SMUL
2.2.4d	§ 15a Abs. 3	Gewährung des Zugangs zu Informationen	RP oder OBA
2.2.5	§ 17	Zulassung von Ausnahmen	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.3	Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Schwefelgehalt von leichtem Heizöl und Dieselmotorkraftstoff – 3. BImSchV) vom 15. Januar 1975 (BGBl. I S. 264), zuletzt geändert durch Artikel 34 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1956, 1962)		
2.3.1	§ 4 Abs. 1	Bewilligung von Ausnahmen	SMUL
2.3.2	§ 5 Abs. 1	Verlangen der Vorlage von Tankbelegbüchern	RP oder OBA
2.3.3	§ 5 Abs. 2	Verlangen der Vorlage einer Erklärung, Fristsetzung	RP oder OBA
2.3.4	§ 6 Abs. 2	Entgegennahme einer Meldung	RP oder OBA
2.4	Fünfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionsschutz-		

	und Störfallbeauftragte – 5. BImSchV) vom 30. Juli 1993 (BGBl. I S. 1433), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. September 2001 (BGBl. I S. 2331)		
2.4.1	§ 1 Abs. 2	Gestattung des Unterbleibens der Bestellung eines Störfallbeauftragten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.2	§ 2	Anordnung der Bestellung mehrerer Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragter	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.3	§ 4	Gestattung der Bestellung eines Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragten für den Konzernbereich	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.4	§ 5 Abs. 1	Gestattung der Bestellung nicht betriebsangehöriger Immissionsschutzbeauftragter	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.5	§ 5 Abs. 2	Gestattung der Bestellung nicht betriebsangehöriger Störfallbeauftragter	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.6	§ 6	Befreiung von der Verpflichtung zur Bestellung eines Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.4.7	§ 7 Nr. 2	Anerkennung von Lehrgängen	LfUG
2.4.8	§ 8 Abs. 1	Anerkennung gleichwertiger Voraussetzungen der Fachkunde	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.4.9	§ 8 Abs. 2	Anerkennung der Ausbildung in anderen Fachgebieten	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.4.10	§ 9 Abs. 2	Verlangen des Nachweises durchgeführter Fortbildungsmaßnahmen oder Lehrgänge	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	RP oder OBA
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen  Anlagen, die gewerblichen Zwecken dienen oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung finden	RP oder OBA
		3. bei Anlagen zur Feuerbestattung	RP
		4. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im Übrigen	LK oder KS oder OBA

2.5	Siebente Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub – 7. BImSchV) vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3133)		
2.5.1	§ 6	Zulassung von Ausnahmen	LK oder KS
2.6	Achte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Rasenmäherlärm-Verordnung – 8. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 1992 (BGBl. I S. 1248), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl. I S. 632)		
2.6.1	§ 4 Abs. 2	Bekanntgabe von Messstellen	LfUG
2.6.2	§ 6 Abs. 3	Zulassung von Ausnahmen	LK oder KS
2.7	Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379, 3412)		
2.7.1	§ 11a Abs. 1	Unterrichtung von Behörden eines anderen Staates über ein Vorhaben	SMUL
2.7.2	§ 11a Abs. 4	Aktivitäten zur Bekanntmachung eines Vorhabens in einem anderen Staat	SMUL
2.8	Elfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Emissionserklärungsverordnung – 11. BImSchV) vom 12. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2213), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 5 der Verordnung vom 18. Oktober 1999 (BGBl. I S. 2059, 2064)		
2.8.1	§ 3 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 5 Satz 3	Fristverlängerungen	RP oder OBA
2.8.2	§ 4 Abs. 3, auch in Verbindung mit § 5 Satz 3	Festlegung der Art der Formulare, Zulassung von Abweichungen	RP oder OBA
2.8.3	§ 4 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 5 Satz 3	Zustimmung zur Erklärungsweise auf elektronischen Datenträgern	RP oder OBA
2.8.4	§ 4 Abs. 5, auch in Verbindung mit § 5 Satz 3	Festsetzung der Verpflichtung zur Abgabe der Emissionserklärung und der Bestimmung ihrer Form auf elektronischen Datenträgern, Zulassung von Ausnahmen	RP oder OBA

2.8.5	§ 5	Zustimmung zu Änderungen der Untergliederung und der Bezeichnungen	RP oder OBA
2.8.6	§ 6 Abs. 1	Entgegennahme der Mitteilung zu Abweichungen bei der Ermittlung der Emissionen, Bestimmung der Art der Ermittlung	RP oder OBA
2.8.7	§ 6 Abs. 2	Verlangen von Angaben zu Einzelheiten des Ermittlungsverfahrens	RP oder OBA
2.8.8	§ 7	Befreiung von der Pflicht zur Abgabe einer Emissionserklärung	RP oder OBA
2.9	Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV) vom 26. April 2000 (BGBl. I S. 603)		
2.9.1	§ 1 Abs. 2	Auferlegung erweiterter Pflichten	BBeh
2.9.2	§ 1 Abs. 4	Auferlegung erweiterter Pflichten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.9.3	§ 6 Abs. 2	Verlangen bezüglich der Herstellung der Lesbarkeit von Verzeichnissen	RP oder OBA
2.9.4	§ 6 Abs. 3	Äußerung zur Erfüllung von Pflichten	RP oder OBA
2.9.5	§ 6 Abs. 4	Verlangen der Lieferung zusätzlicher Informationen, ausgenommen die Informationen zur Erstellung externer Alarm- und Gefahrenabwehrpläne	RP oder OBA
2.9.6	§ 7 Abs. 1	Entgegennahme einer Anzeige zur Errichtung eines Betriebsbereichs	RP oder OBA
2.9.7	§ 7 Abs. 2	Entgegennahme einer Anzeige zu einer Änderung in einem Betriebsbereich oder zu der Stilllegung eines Betriebsbereichs oder einer Anlage eines Betriebsbereichs	RP oder OBA
2.9.8	§ 8 Abs. 2	Einsichtnahme in ein Konzept zur Verhinderung von Störfällen	RP oder OBA
2.9.9	§ 9 Abs. 4	Entgegennahme eines Sicherheitsberichts und Fristsetzung	RP oder OBA
2.9.10	§ 9 Abs. 6	Zulassung der Beschränkung von Informationen	RP oder OBA
2.9.11	§ 11 Abs. 3	Äußerung zur Offenlegung von Teilen eines Sicherheitsberichts	BBeh
2.9.12	§ 12 Abs. 1 Nr. 1	Verlangen der Einrichtung und Unterhaltung einer Verbindung	BBeh
2.9.13	§ 12 Abs. 1 Nr. 2	Entgegennahme einer Mitteilung über eine Person oder Stelle	RP oder OBA
2.9.14	§ 12 Abs. 2	Einsichtnahme in Unterlagen	RP oder OBA
2.9.15	§ 13	Mitteilung der Ergebnisse der Prüfung eines Sicherheitsberichts	RP oder OBA
2.9.16	§ 14 Abs. 1	Vorlage eines Verzeichnisses von Betriebsbereichen oder einer	RP oder OBA

		Betriebsbereichen oder einer Entscheidung über die Beschränkung von Informationen	
2.9.17	§ 14 Abs. 1	Weiterleitung eines Verzeichnisses von Betriebsbereichen oder einer Entscheidung über die Beschränkung von Informationen	SMUL
2.9.18	§ 14 Abs. 2	Übermittlung eines Berichts über Betriebsbereiche	RP oder OBA über SMUL
2.9.19	§ 15	Feststellung bezüglich eines Domino-Effekts	BBeh
2.9.20	§ 16 Abs. 1 und 2	Einrichtung und Durchführung eines Überwachungssystems	RP oder OBA
2.9.21	§ 16 Abs. 3	Beauftragen eines Sachverständigen mit Überwachungsmaßnahmen, Entgegennahme eines Berichts oder des Ergebnisses einer Überprüfung	RP oder OBA
2.9.22	§ 17 in Verbindung mit § 6 Abs. 2	Verlangen bezüglich der Herstellung der Lesbarkeit von Verzeichnissen	RP oder OBA
2.9.23	§ 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 9 Abs. 4	Entgegennahme eines Sicherheitsberichts und Fristsetzung	RP oder OBA
2.9.24	§ 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 11 Abs. 3	Äußerung zur Offenlegung von Teilen eines Sicherheitsberichts	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.9.25	§ 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Nr. 1	Verlangen der Einrichtung und Unterhaltung einer Verbindung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.9.26	§ 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Nr. 2	Entgegennahme einer Mitteilung über eine Person oder Stelle	RP oder OBA
2.9.27	§ 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 12 Abs. 2	Einsichtnahme in Unterlagen	RP oder OBA
2.9.28	§ 18 Abs. 2	Befreiung von erweiterten Pflichten	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.9.29	§ 19 Abs. 1	Entgegennahme einer Mitteilung über den Eintritt einer Störung	RP oder OBA
2.9.30	§ 19 Abs. 2	Entgegennahme einer ergänzenden Mitteilung über eine Störung	RP oder OBA
2.9.31	§ 19 Abs. 3	Einholung von Informationen, Ergreifen von Maßnahmen, Abgabe von Empfehlungen	RP oder OBA
2.9.32	§ 19 Abs. 4	Zuleitung einer Kopie der Mitteilung über eine Störung	RP oder OBA über SMUL
2.9.33	§ 19 Abs. 5	Mitteilung eines Analyseergebnisses und abgegebener Empfehlungen	RP oder OBA über SMUL
2.9.34	§ 20 Abs. 1	Entgegennahme einer Anzeige über einen bestehenden Betriebsbereich	RP oder OBA
2.9.35	§ 20 Abs. 2	Einsichtnahme in ein Konzept zur Verhinderung von Störfällen	RP oder OBA
2.10	Dreizehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-		

	Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Großfeuerungsanlagen – 13. BImSchV) vom 22. Juni 1983 (BGBl. I S. 719), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl. I S. 632)		
2.10.1	§ 6 Abs. 5, auch in Verbindung mit § 20 Abs. 4 Satz 1	Zulassung von Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.2	§ 6 Abs. 6, auch in Verbindung mit § 7 Abs. 2, § 11 Abs. 6, § 12 Abs. 2, § 20 Abs. 5	Entgegennahme von Anzeigen	RP oder OBA
2.10.3	§ 11 Abs. 5, auch in Verbindung mit § 20 Abs. 4 Satz 2	Zulassung von Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.4	§ 20 Abs. 6	Entgegennahme einer Erklärung über die Beschränkung der Feuerungswärmeleistung und der Restnutzung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.5	§ 21	Nähere Bestimmung über die Einrichtung von Messstellen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.6	§ 22 Abs. 3	Verlangen der Vorlage von Nachweisen	RP oder OBA
2.10.7	§ 24 Abs. 1	Entgegennahme von Messberichten	RP oder OBA
2.10.8	§ 25 Abs. 5	Nähere Bestimmung der Art des Nachweises der Schwefelemissionsgrade	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.9	§ 26 Abs. 5	Entgegennahme der Bescheinigung über den Einbau von Messeinrichtungen	RP oder OBA
2.10.9a	§ 26 Abs. 5	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.10.10	§ 27 Abs. 1	Entgegennahme von Messberichten	RP oder OBA
2.10.10a	§ 28 Abs. 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.10.11	§ 28 Abs. 3	Entgegennahme von Kalibrier- und Prüfberichten	RP oder OBA
2.10.12	§ 32 Abs. 1	Nähere Bestimmungen über Maßnahmen zur Begrenzung staubförmiger Emissionen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.13	§ 33	Zulassung von Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.10.14	§ 36 Abs. 3	Zulassung einer Ausnahme	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.11	Fünfzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Baumaschinenlärm-Verordnung – 15. BImSchV) vom 10. November 1986 (BGBl. I S. 1729), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl. I S. 632, 633)		
2.11.1	§ 4 Abs. 4	Prüfung der Voraussetzungen für die Erteilung der EWG-Baumusterprüfbescheinigung	Das für den Sitz der zugelassenen Stelle zuständige RP
2.11.2	§ 4 Abs. 5 und 6	Entgegennahme von Mitteilungen	Das für den Sitz der

2.11.2	§ 4 Abs. 5 und 6	Entgegennahme von Mitteilungen bei Produktionsabweichungen, vorübergehende Außerkraftsetzung oder Entzug der EWG-Baumusterprüfbescheinigung	Das für den Sitz der zugelassenen Stelle zuständige RP
2.11.3	§ 4 Abs. 7	Unterrichtung der zugelassenen Stelle über getroffene Maßnahmen	Das für den Sitz der zugelassenen Stelle zuständige RP
2.11.3a	§ 7 Abs. 1	Benennung von Stellen	LfUG
2.11.3b	§ 7 Abs. 2	Festlegung von Aufgaben zugelassener Stellen	LfUG
2.11.4	§ 7 Abs. 3	Überwachung der zugelassenen Stellen	Das für den Sitz der zugelassenen Stelle zuständige RP
2.12	Siebzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Verbrennungsanlagen für Abfälle und ähnliche brennbare Stoffe – 17. BImSchV) vom 23. November 1990 (BGBl. I S. 2545, 2832), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 2003)		
2.12.1	§ 3 Abs. 1 und 4	Nähere Bestimmung von Maßnahmen hinsichtlich Anlieferung und Zwischenlagerung der Einsatzstoffe	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.2	§ 4 Abs. 3	Zulassung anderer Verbrennungsbedingungen, Vorlage der Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.3	§ 5 Abs. 3	Festsetzung der Gesamtbegrenzung der Emissionen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.4	§ 9	Nähere Bestimmung zur Einrichtung von Messplätzen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.5	§ 10 Abs. 1	Nähere Bestimmung zu Messverfahren und Messeinrichtungen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.5a	§ 10 Abs. 2	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.12.5b	§ 10 Abs. 3 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.12.6	§ 10 Abs. 3 Satz 2	Entgegennahme von Kalibrier- und Prüfberichten	RP oder OBA
2.12.7	§ 11 Abs. 2	Verzicht auf kontinuierliche Messung und Zulassung der Berechnung	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
2.12.8	§ 11 Abs. 5	Verlangen der kontinuierlichen Emissionsmessung	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1

		2. im Übrigen	RP oder OBA
2.12.9	§ 12 Abs. 2	Entgegennahme eines Messberichts	RP oder OBA
2.12.10	§ 14 Abs. 1	Entgegennahme eines Messberichts	RP oder OBA
2.12.11	§ 16 Abs. 1 Satz 1	Entgegennahme von Mitteilungen über Nichterfüllung von Anforderungen	RP oder OBA
2.12.12	§ 16 Abs. 2	Festlegungen für Ausfälle der Abgasreinigungseinrichtungen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.13	§ 17 Abs. 6 Satz 5	Nähere Bestimmung zur Führung von Nachweisen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.14	§ 17 Abs. 6 Satz 6	Entgegennahme von Nachweisen	RP oder OBA
2.12.15	§ 18	Festlegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.12.16	§ 19	Zulassung von Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.13	Achtzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Sportanlagenlärmschutzverordnung – 18. BImSchV) vom 18. Juli 1991 (BGBl. I S. 1588, 1790)		
2.13.1	§ 5 Abs. 2	Anordnung von Maßnahmen, Festsetzung von Betriebszeiten	LK oder KS
2.13.2	§ 5 Abs. 6	Fristsetzung	LK oder KS
2.15	Zwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen – 20. BImSchV) vom 27. Mai 1998 (BGBl. I S. 1174), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 21. August 2001 (BGBl. I S. 2180, 2213)		
2.15.2	§ 8 Abs. 1	Entgegennahme einer Anlagenanzeige	RP oder OBA
2.15.3	§ 8 Abs. 5	Entgegennahme einer Durchschrift des jeweiligen Berichts über ortsfeste Anlagen, Verlangen der Vorlage eines Berichts oder einer Berichtsausfertigung bei	RP oder OBA
2.15.3a	§ 9 in Verbindung mit Nummer 3.2 der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 27. Februar 1986 (GMBI. S. 95) und § 8 Abs. 4 und 5	<del>beweglichen Behältnissen</del> Forderungen zur Messung und Überwachung von Emissionen	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
2.15.3b	§ 9 in Verbindung mit Nummer 3.2 TA Luft und § 8 Abs. 5	Entgegennahme von Berichten	RP oder OBA

2.15.4	§ 11 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen von Anforderungen	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.15.5	§ 11 Abs. 2	Zulassung einer Ausnahme zur Durchführung von Messungen	
		1. bei einer genehmigungsbedürftigen Anlage	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage	LK oder KS oder OBA
2.16	Einundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen – 21. BImSchV) vom 7. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1730), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. Mai 2002 (BGBl. I S. 1566)		
2.16.1	§ 3 Abs. 2	Verlangen der Vorlage einer Bescheinigung	RP oder OBA
2.16.2	§ 5 Abs. 4	Verlangen der Vorlage von Aufzeichnungen	RP oder OBA
2.16.3	§ 6 Abs. 1	Entgegennahme von Anzeigen	RP oder OBA
2.16.4	§ 6 Abs. 5	Entgegennahme der Durchschrift eines Berichts	RP oder OBA
2.16.5	§ 6 Abs. 6	Verlangen der Vorlage von Aufzeichnungen	RP oder OBA
2.16.6	§ 7	Zulassung von Ausnahmen	LK oder KS oder OBA
2.17	Zweiundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionswerte – 22. BImSchV) vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1819), geändert durch Verordnung vom 27. Mai 1994 (BGBl. I S. 1095)		
2.17.1	§ 3	Einrichtung und Betrieb von Messstationen	LfUG
2.17.2	§ 6a	Unterrichtung der Öffentlichkeit	LfUG
2.18	Sechszwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV) vom 16. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1966)		
2.18.1	§ 7 Abs. 1 und 2	Entgegennahme von Anlagenanzeigen	RP oder OBA

		Anlagenanzeigen	
2.18.2	§ 8	Zulassung von Ausnahmen von Anforderungen	RP oder OBA
2.18.3	§ 10 Abs. 2	Anordnung der früheren Erfüllung von Anforderungen	RP oder OBA
2.18.4	§ 10 Abs. 3	Zulassung einer Ausnahme zur Nachrüstung einer Anlage	RP oder OBA
2.19	Siebenundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung – 27. BImSchV) vom 19. März 1997 (BGBl. I S. 545), geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl. I S. 632, 633)		
2.19.1	§ 6	Entgegennahme einer Anlagenanzeige	RP
2.19.1a	§ 7 Abs. 3 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.19.2	§ 7 Abs. 3 Satz 3	Entgegennahme einer Bescheinigung und von Berichten zu Messeinrichtungen	RP
2.19.3	§ 8 Abs. 2	Entgegennahme eines Messberichts	RP
2.19.4	§ 10 Abs. 1	Entgegennahme eines Messberichts	RP
2.19.5	§ 12 Abs. 1	Zulassung von Ausnahmen von Vorschriften	LK oder KS
2.20	Dreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen – 30. BImSchV) vom 20. Februar 2001 (BGBl. I S. 305, 317)		
2.20.1	§ 8 Abs. 1	Nähere Bestimmung zur Einrichtung von Messplätzen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.20.2	§ 8 Abs. 2	Nähere Bestimmung zu Messverfahren und Messeinrichtungen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.20.3	§ 8 Abs. 3	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.20.4	§ 8 Abs. 4 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.20.5	§ 8 Abs. 4 Satz 2	Entgegennahme von Kalibrier- und Prüfberichten	RP
2.20.6	§ 10 Abs. 3	Entgegennahme eines Messberichts	RP
2.20.7	§ 11 Abs. 3	Verlangen der Durchführung von Messungen	RP
2.20.8	§ 12 Abs. 1	Entgegennahme eines Messberichts	RP
2.20.9	§ 13 Abs. 1	Entgegennahme einer Mitteilung zur Nichterfüllung von Anforderungen	RP
2.20.10	§ 13 Abs. 2	Festlegung eines Zeitraums mit Abweichungen von	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1

		Emissionsgrenzwerten	
2.20.11	§ 13 Abs. 3	Entgegennahme einer Mitteilung über zusätzliche Maßnahmen	RP
2.20.12	§ 15	Festlegung der Art und Form einer Öffentlichkeitsunterrichtung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.20.13	§ 16	Zulassung von Ausnahmen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
2.21	31. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen – 31. BImSchV) vom 21. August 2001 (BGBl. I S. 2180)		
2.21.1	§ 2 Nr. 28 Buchst. b Doppelbuchst. aa	Beurteilung der Wesentlichkeit einer Änderung	RP oder OBA
2.21.2	§ 5 Abs. 2 Satz 1 bis 3	Entgegennahme von Anlagenanzeigen	RP oder OBA
2.21.3	§ 5 Abs. 2 Satz 4	Entgegennahme einer Anzeige zur Änderung einer Anlage	RP oder OBA
2.21.4	§ 5 Abs. 7 Satz 1	Entgegennahme eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.5	§ 5 Abs. 7 Satz 2	Entgegennahme einer Mitteilung zur Aufstellung eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.6	§ 5 Abs. 7 Satz 3	Annahme einer Erklärung zum Einsatz eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.7	§ 5 Abs. 8	Verlangen der Vorlage eines Berichts	RP oder OBA
2.21.8	§ 5 Abs. 9	Entgegennahme einer Mitteilung zur Nichteinhaltung von Anforderungen	RP oder OBA
2.21.9	§ 6 in Verbindung mit der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft und § 5 Abs. 3 bis 5 und 8	Forderungen zur Messung und Überwachung von Emissionen	
		1. im Zusammenhang mit einem Genehmigungsbescheid oder einer nachträglichen Anordnung	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. im Übrigen	RP oder OBA
2.21.10	§ 6 in Verbindung mit der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft und § 5 Abs. 5 und 8	Entgegennahme von Berichten	RP oder OBA
2.21.11	§ 6 in Verbindung mit § 5 Abs. 7 Satz 1	Entgegennahme eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.12	§ 6 in Verbindung mit § 5 Abs. 7 Satz 2	Entgegennahme einer Mitteilung zur Aufstellung eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.13	§ 6 in Verbindung mit § 5 Abs. 7 Satz 3	Annahme einer Erklärung zum Einsatz eines Reduzierungsplans	RP oder OBA
2.21.14	§ 6 in Verbindung mit § 5 Abs. 8	Verlangen der Vorlage eines Berichts über die Ergebnisse einer	RP oder OBA

		Lösemittelbilanz	
2.21.15	§ 6 in Verbindung mit § 5 Abs. 9	Entgegennahme einer Mitteilung zur Nichteinhaltung von Anforderungen	RP oder OBA
2.21.16	§ 8 Abs. 1	Entgegennahme von Informationen	RP oder OBA
2.21.17	§ 8 Abs. 2	Abgabe einer Stellungnahme über die Durchführung der Verordnung	SMUL
2.21.18	§ 9	Gewährung des Zugangs zu Informationen	RP oder OBA
2.21.19	§ 11	Zulassung von Ausnahmen von Anforderungen	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.21.20	Anhang III Nr. 4.5.3	Verlangen der Vorlage von Vorgaben	RP oder OBA
2.21.21	Anhang III Nr. 8.1.3 Satz 2	Entgegennahme eines Nachweises	RP oder OBA
2.21.22	Anhang III Nr. 8.1.3 Satz 4	Verlangen der Vorlage eines Überprüfungsergebnisses	RP oder OBA
2.21.23	Anhang IV Buchst. A	Einräumung einer Fristverlängerung	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.21.24	Anhang IV Buchst. B Nr. 2	Anpassung von Multiplikationsfaktoren	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.21.25	Anhang IV Buchst. B Nr. 4	Zustimmung zur Außerbetriebnahme einer Abgasreinigungseinrichtung	
		1. bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	Genehmigungsbehörde nach Nummer 1.1.1
		2. bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	LK oder KS oder OBA
2.21.26	Anhang IV Buchst. C	Entgegennahme von Erklärungen	RP oder OBA
2.21.27	Anhang VI Nr. 2.1 Satz 1	Bekanntgabe einer Stelle	LfUG
2.21.28	Anhang VI Nr. 2.1 Satz 3	Verlangen der Vorlage von Unterlagen	RP oder OBA.
3.	Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz – BzBIG) vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234).		

	zuletzt geändert durch Artikel 47 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2795)		
3.1	§ 5 Abs. 1 und 3	Verlangen von Auskünften, Beauftragen von Personen mit der Einholung von Auskünften zur Überwachung der Durchführung des Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Verordnungen	RP

- 
- 1 § 2 geändert durch [Verordnung vom 12. Juli 2002](#) (SächsGVBl. S. 243) und durch [Artikel 5 der Verordnung vom 29. November 2004](#) (SächsGVBl. S. 606)
  - 2 Anlage geändert durch [Verordnung vom 12. Juli 2002](#) (SächsGVBl. S. 243) und durch [Artikel 5 der Verordnung vom 29. November 2004](#) (SächsGVBl. S. 606)
- 

### Änderungsvorschriften

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz

vom 20. Juni 2000 (SächsGVBl. S. 296)

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz

vom 12. Juli 2002 (SächsGVBl. S. 243)

Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz

Art. 5 der Verordnung vom 29. November 2004 (SächsGVBl. S. 606, 607)